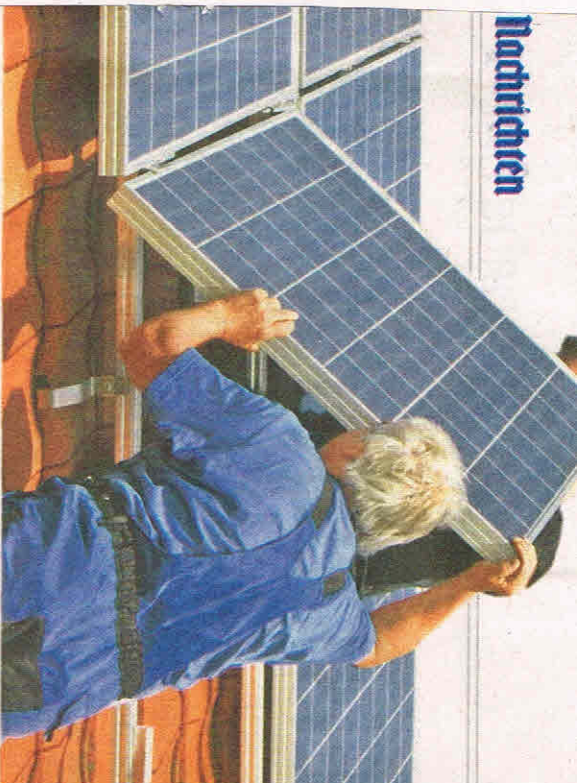


Salzburg hat noch ein riesiges Potenzial bei Photovoltaikanlagen.

Bild: SN/PHOTOLIA



Große Ziele, Umsetzung

Energiepolitik. Salzburg will bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 50 Prozent erhöhen und ab 2050 ganz energieautark sein. Mit welchen Maßnahmen das passieren soll, ist fraglich.

DANIELE PABINGER
STEFAN VEIGL

SALZBURG (SN). Während die Oberösterreicher die Energiewende, grüne Jobs und ebensolche Technologien vor allem als Zukunftschance sehen, tritt das Land Salzburg zwar visionär bei den energiepolitischen Zielen auf, setzt sie aber wenig offensiv um. Das mag auch daran liegen, dass Energieressort und Umweltressort in verschiedenen Händen sind. Dazu kommt: Große Energieprojekte sind bei den Bürgern umstritten, darunter die 380-kV-Leitung, das Murkraftwerk oder Pläne für Windräder.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch beträgt in Salzburg rund 43 Prozent (Oberösterreich: 30 Prozent). Er soll bis 2020 auf 50 Prozent erhöht werden. Das Mitte der 1990er-Jahre erstellte Energieleitbild hat sich längst überholt. Es sah für den Zeitraum 1997 bis 2011 eine Reduktion des Energieverbrauchs um 28 Prozent vor. Tatsächlich ist der Verbrauch bis auf die Krisenjahre 2009/10 Jahr für Jahr gestiegen. LH-Stv. Wilfried Haslauer (ÖVP) kündigte im Zug des

Streits um das Murkraftwerk im Herbst an, ein Energie-Masterplan sei dringend notwendig. Das hat er diese Woche in seinem Wahlprogramm wiederholt. Diesen Masterplan hätte die ÖVP aber längst angehen können – das Energieresort ist seit Jahren in der Hand „ihres“ Landesrats Sepp Eisl.

Salzburg setzt sich kein konkretes Energiesparziel – das

Meinungen von Experten

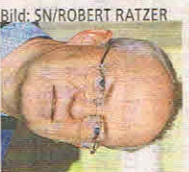


Bild: SN/ROBERT RATZER

„Maßnahmen wie die Kontrolle der Energieausweise sollten opti-

miert werden. Zweitens sollte mit den Bürgern ein Prozess zu einem Energiekonsens gestartet werden. Zuerst muss es Einsparmaßnahmen geben, erst dann wird es die Bereitschaft geben, neuen Kraftwerken zuzustimmen.“

Eric Mild,
Politologe und Energieexperte



Bild: SN

„Salzburg braucht einen Fonds für erneuerbare Ener-

gien, aus dem vor allem Bürgerbeteiligungsprojekte eine Basisfinanzierung erhalten sollen, damit sie sich rechnen. Und bei Schulsanierungen sollen Photovoltaik- und Solaranlagen Pflicht sein.“

Heidi Rest-Hinterseer,
Ökostrombörsen

aber offen

Bürgerprogramm für Salzburg
9. Es grünt . . .



arbeitung, der oberösterreichische Landesrat Rudi Anschöber (Grüne) legt nach Ostern den Entwurf für ein eigenes Landesgesetz vor.

Beim vielfach geforderten Ausbau der erneuerbaren Energien spielt es sich vor allem bei der Wasserkraft: Nicht nur die geplanten Ausleitungs-
rathwerke an der Mur in Ra-

mingstein und am Fritzbach in Hittau sind umstritten – auch die Projekte an der Unteren Salzach zwischen Berghem und Oberdorf. Sollte also ein Energie-Masterplan realisiert werden, müsste er mit der Landesumweltanwaltschaft, den Naturschutzorganisationen und den Gemeinden erstellt werden.

Bei der Förderung von Solaranlagen hat das Land Salzburg im Vorjahr 1000 Projekte gefördert, das entspricht 1,2 Mill. Euro. „Jeder, der eine Förderung wollte, hat sie auch gekriegt“, heißt es aus dem Büro von Landesrat Eisl. Heuer wird der Landestopf mit 1,5 Mill. Euro dotiert sein.

Oberösterreich fördert im Zug seiner Photovoltaikoffensive Anlagen auf Schuttdächern. Zudem sollen bis 2015 flächendeckend auf geeigneten Gebäuden des Landes Photovoltaikanlagen errichtet werden.

Bei der Windkraft schlägt eine Studie für Salzburg vor, bis 2020 100 Anlagen zu bauen. Das ist nicht nur vom Zeitrahmen her unrealistisch. In Oberösterreich drehen sich zwar schon 23 Windräder, es gab aber auch Rückschläge wie etwa im Koberraucher Wald.

Info: Die zehn Punkte des SN-Bürgerprogramms finden Sie unter www.salzburg.com/buergerprogramm



Bild: SN/VEIGL

„Mehr Förderung für Gebäudedämmung, das darf kein Förder-

dschungel sein. Auch die Betriebe müssen da Beiträge leisten. Wir müssen Strom sparen und brauchen mehr Photovoltaik auf den Dächern. Dann brauchen wir auch weniger Stromleitungen.“

Robert Pröll,
Klimabündnis Salzburg